

Schicksalstag für Gripen verschoben

Kampfjets Kommission beendet Arbeiten am Untersuchungsbericht unter strengster Geheimhaltung

VON LORENZ HONEGGER

Der 21. August wird zum Schicksalstag für den Gripen-Kampfjet. Dann wird die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates (SIK) bekannt geben, ob bei der Evaluation und Auswahl des schwedischen Fliegers alles mit rechten Dingen zu- und hergegangen ist. Sollte die Kommission zum Schluss kommen, dass das Verteidigungsdepartement bei der Handhabung des Kampfjetgeschäfts Beschaffungsregeln missachtet, das

SVP-Nationalrat Thomas Hurter sammelt nach den Sitzungen alle Dokumente eigenhändig wieder ein.

Anforderungsprofil zugunsten des Gripen-Herstellers Saab nachträglich angepasst oder Risiken ignoriert hat, dürfte es eng werden für die Befürworter des Kampfjetkaufs.

Je näher der Termin rückt, desto grösser wird die Nervosität in der Subkommission Tiger-Teilersatz, die das Kampfjetgeschäft seit Januar untersucht. Mittlerweile tagt das aus sieben Nationalräten zusammengesetzte Gremium unter höchster Geheimhaltung. Am Ende der Sitzungen sammelt Kommissionspräsident und SVP-Nationalrat Thomas Hurter (SH) alle verteilten Dokumente eigenhändig wieder ein, wie er gestern an einer Pressekonferenz der SIK in Bern sagte. So wolle man verhindern, dass es bis zum Abschluss der Untersuchung zu weiteren Indiskretionen komme.



Die Nationalräte Thomas Hurter (SVP) und Chantal Galladé (SP) gaben Auskunft zum Kampfjet-Geschäft. KEY

Bemerkenswert ist, dass Hurter auch das Verteidigungsdepartement seines Parteikollegen, Bundesrat Ueli Maurer, vom Informationsfluss abgeschnitten hat. Sitzungsprotokolle werden keine mehr herausgegeben.

Bericht mehrmals verschoben

Ursprünglich wollte die Subkommission ihren Untersuchungsbericht bis im April fertigstellen. Dann wurde der Termin auf Ende Juni und jetzt auf Mitte August verschoben. Hurter rechtfertigte die erneute Verschiebung damit, dass es noch «einige Elemente» gebe, welche die Kommission während der Sommerpause «etwas

vertiefter» anschauen wolle. Genaueres wollte der ehemalige Kampfjetpilot nicht dazu sagen.

Unklarheit in beiden Ländern

Für den unwahrscheinlichen Fall, dass die Subkommission im August dem Verteidigungsdepartement einen Persilschein ausstellt und es zu keinen weiteren Verzögerungen kommt, wird der Ständerat das Rüstungsprogramm des Bundesrates und die Finanzierung des Gripen-Geschäfts in der Frühlingssession 2013 erstmals beraten. In der Sommersession wäre dann der Nationalrat an der Reihe. Als letzte Instanz dürfte das Volk im ersten Halbjahr 2014

über den 3-Milliarden-Franken-Deal entscheiden.

Doch die Stolpersteine auf dem beschriebenen Weg sind zahlreich. Zum einen drücken sich Schwedens Regierung und Parlament vor der Frage, ob sie die Kosten für die Entwicklung des von der Schweiz provisorisch bestellten Gripen-Modells E/F tragen können und wollen. In der Schweiz wiederum reiben sich Bundesrat und Parlament an der Frage, ob das Kostendach der Armee ab 2015 auf 5 oder bloss 4,7 Milliarden Franken erhöht werden soll, um den Kampfjetkauf zu finanzieren. Die SIK lässt nun die Auswirkungen der zwei Varianten erst einmal abklären.

Testfall für die schwedische Ministerin

Karin Enström Morgen wirbt die schwedische Verteidigungsministerin in Bern für eine gemeinsame Finanzierung der Gripen-Jets.

VON ANDRÉ ANWAR, STOCKHOLM

Sie fällt vor allem dadurch auf, dass sie nicht auffällt. Das ist wohl auch einer der Gründe, warum viele Schweden nicht mal mitbekommen haben, dass Karin Enström von der rechtsliberalen Partei Moderaterna seit dem 18. April Verteidigungsministerin ist. Parteikollege und Regierungschef Fredrik Reinfeldt stellte die 46-Jährige zu ihrem Antritt schwammig als «eine sehr gute Politikerin, die auch einen Hintergrund in der schwedischen Verteidigung hat» vor. Tatsächlich war die jugendlich wirkende Mutter dreier Kinder im grundsätzlich sehr emanzipierten Schweden schon Berufsoffizier in der Marine und brachte es zum Kapitän eines Amphibienfahrzeugs.



Die schwedische Verteidigungsministerin Karin Enström. HO

2008 war sie Mitglied im Verteidigungsausschuss und 2010 im aussenpolitischen Parlamentsausschuss.

Saab braucht die Schweiz

Zu den wichtigsten Aufgaben der neuen Verteidigungsministerin ge-

hört es, das schwedische Gripen-Kampfflugzeug erfolgreich zu verkaufen. Unter ihrem Vorgänger Sten Tolgfors hatte Schweden den Zuschlag der Schweiz für das Kampfflugzeug des Flugzeugherstellers Saab – nicht identisch mit dem bankrotten Autobauer – erhalten.

Enström muss diesen Verkauf nun in trockene Tücher bringen. Sie würde damit das Überleben der schwedischen Kampfflugzeugproduktion beim Rüstungs- und Fluggerätehersteller Saab sichern. Denn dieser will auf den bisherigen Gripen den Super-Gripen folgen lassen, der eine grössere Reichweite haben und schwerere Bombenlast tragen soll. Nur: Saab kann die Finanzierung nicht sichern. Denn der schwedische Reichstag hat beschlossen, die Herstellung von zehn Prototypen nur zu genehmigen, falls es Saab gelingt, einen Grossauftrag «mit Brasilien oder einem anderen Land» abzuschliessen. Sonst lohne sich das nicht. Mit Brasilien konnte man sich bislang nicht richtig einigen.

Schweiz will nicht mitfinanzieren

Inzwischen ist der Schweizer Kauf jedoch wieder infrage gestellt – dabei geht es auch um Geld. Die Schweden wollen sich die Entwicklungskosten gerne mit den Schweizern teilen und deuteten jüngst gar die Möglichkeit einer schweizerisch-schwedischen Zusammenarbeit im Kampfflugzeugmarkt mit dem Gripen an. Die Schweizer hingegen möchten das fertige Flugzeug kaufen, ohne die Entwicklung mitzufinanzieren.

Angeblich soll der Streit um die Weiterentwicklung so sehr eskaliert sein, dass die Verteidigungsministerin ihre geplante Reise in die Schweiz am Donnerstag und Freitag infrage gestellt haben soll. Dies wurde gestern von ihrem Pressesprecher Johan Elmberg jedoch dementiert. Dennoch: Für Enström dürfte der Gripen-Verkauf zum Testfall werden. Die Kritiker ihres Vorgänger werden sie daran messen, ob sie in der Schweiz mehr erreicht als er.

Bund zahlte illegal an Solar-Projekt

Während Jahren hat der Bund das Solarflugzeug-Projekt von Bertrand Piccard mit Leistungen in Millionenhöhe unterstützt. Die Rechtsgrundlagen dafür fehlten allerdings, wie Schweizer Radio DRS gestern berichtete. Die Eidgenössische Finanzkontrolle kritisiert das Vorgehen des Bundes. Ab dem Jahr 2014 nun soll Solar Impulse für die Halle in Payerne Miete bezahlen, wie das zuständige Bundesamt für Bauten und Logistik verlauten liess. Der weltbekannte Westschweizer Flugpionier Piccard will mit seinem Solarflugzeug im Jahr 2014 die Welt umrunden. (SDA)

Referendum gegen Raumplanung

Der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) ergreift das Referendum gegen die vom Parlament beschlossene Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG). Er wolle damit verhindern, dass das Bauland und das Wohnen in der Schweiz noch teurer würden, teilte der SGV gestern mit. Aus Sicht der Gewerbler verordnet das Raumplanungsgesetz «fragwürdige und eigentumsfeindliche Zwangsmassnahmen», die das Bauland in der Schweiz weiter verknappen. Die Gesetzesrevision, die als indirekter Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative entstanden ist, beschränkt die zulässigen Baureserven auf den Bedarf der

nächsten 15 Jahre. Für den SGV sind drei weitere Punkte im neuen Raumplanungsgesetz inakzeptabel: die Rückzonungspflicht von zu grossen Bauzonen, die Verpflichtung zur «Zwangüberbauung» der Grundstücke innert bestimmter Fristen und die zwingende Bundeslösung zur Mehrwertabgabe.

Den Entscheid für das Referendum habe die Gewerkekammer klar gefällt, sagte SGV-Präsident Jean-François Rime, ohne Details zu nennen. Der Verband hat nun bis Anfang Oktober Zeit, mindestens 50 000 gültige Unterschriften zu sammeln. (SDA)

Ferien: Bei Gefahr gibt es ein SMS

Wer ins Ausland reist, kann sich ab sofort über Krisen und Naturkatastrophen im Reiseland informieren lassen. Das Schweizer Aussendepartement (EDA) hat vor dem Start der Feriensaison eine entsprechende Online-Registrierplattform namens Itineris aufgeschaltet. Diese ist über die Website des EDA aufrufbar. Das Departement informiert via SMS, Twitter und App. Bei einer drastischen Verschlimmerung der Lage kontaktiert es den Reisenden telefonisch. Der Dienst steht auch im Ausland lebenden Schweizern offen. (SDA)



Widerwärtig

«Ballermann», sagt mir ein Freund, «ist super!» Ballermann gilt sonst als das Grauen der Ferien: Eimer voller Sangria, Größen und denkbar schlichte Anmache. Das Widerliche segelt unter dem völlig faden Begriff «Spass haben». Wozu also soll Ballermann gut sein? «So kannst du», sagt der Freund, «das ganze Spassgesindel in ein einziges Reservat pferchen und hast daneben deine Ruhe.»

Leider irrt sich der Kollege. Ballermann ist mittlerweile überall. So wie überhaupt kollektive Vulgarität in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens gesickert ist und sich die Gesellschaft nach dem orientiert, was noch als letzter gemeinsamer Nenner erscheinen kann, statt dagegen zu stehen. Alles passt sich der Stillosigkeit an, wo sich doch jede Stillosigkeit an Haltung und Stil orientieren sollte. Das Malaise zeigt sich nirgends so deutlich wie an der aktuellen Sommerkleidung.

Kurze Hosen, T-Shirt oder Trägerleibchen mitten unter den Leuten: in der Warteschlange, in der S-Bahn, am Postschalter. Dazu Gesundheitslatschen mit freien schweissigen Füßen. Als wäre alles Strand und Gehelassen. Selbst dort, am Strand, ist nicht erwiesen, warum man Mitmenschen so viel Unansehliches zumuten müsste.

Es ist kaum zu glauben, wie die Leute mit schmutzigster Aufmachung andere vor den Kopf stossen. Von tausend Menschen sind nun einfach mal 999 unansehnlich. Das ist kein Vorwurf, sondern eine Tatsache. Der Mensch hat nun mal kein so putziges Fell mehr wie M13, der Bär, oder meinetwegen sogar noch ein Affe. Reste von Körperhaar machen die Ballermann-Mode vollends zur Strafe. Man kleide sich angemessen!

max.dohner@azmedien.ch

Nachrichten

Twitter-Eintrag Verfahren gegen SVP-Politiker

Gegen den Zürcher SVP-Lokalpolitiker, der am Wochenende islamfeindliche Tweets abgesetzt hatte, hat die Zürcher Staatsanwaltschaft gestern ein Strafverfahren eröffnet. Die zürcherische Parteileitung verlangt zudem seinen Ausschluss aus der SVP. «Vielleicht brauchen wir wieder eine Kristallnacht ... diesmal für Moscheen», schrieb der Lokalpolitiker am Wochenende auf Twitter. Er reagierte damit auf ein Gerichtsurteil, bei dem ein Islamist in zweiter Instanz freigesprochen wurde, obwohl er Gewalt gegenüber sexunwilligen Ehefrauen als «okay» bezeichnet hatte. (SDA)

Swisstransplant TCS transportiert Organe

Der Touring Club Schweiz (TCS) transportiert künftig für Swisstransplant Organe – auch in der Luft. Der TCS fasst damit in einem Millionenbusiness Fuss und sticht die Rega aus. Während der TCS über ein flächendeckendes Netzwerk auf den Schweizer Strassen verfüge, ergänze sich das Angebot durch Alpine Air Ambulance im schweizerischen Luftraum, teilten die drei Organisationen gestern mit. (SDA)